

G2

Titel 219a jetzt abschaffen – für Informationsfreiheit und sexuelle Selbstbestimmung

AntragstellerInnen Berlin

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

219a jetzt abschaffen – für Informationsfreiheit und sexuelle Selbstbestimmung

- 1 Im November 2017 wurde die Ärztin Kristina Hänel zu Geldstrafe von 6000€ verurteilt, weil sie auf ihrer Inter-
2 netseite über Schwangerschaftsabbrüche informiert hat.
- 3
- 4 Es kann und darf nicht sein, dass medizinische Informationen für Frauen*, Ärzt*innen kriminalisieren. Nach
5 § 219a StGB kann die Informationen über die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen als Werbung
6 verstanden werden und zu einer Verurteilung führen.
- 7
- 8 Die SPD Bundestagsfraktion hat am 11.12.2017 einen Gesetzesentwurf zur Streichung des § 219a StGB be-
9 schlossen aber leider noch nicht in den Bundestag eingebracht. Wir akzeptieren nicht, dass medizinische In-
10 formationen und Frauenrechte dem Frieden in der Koalition geopfert werden.
- 11
- 12 Für uns Sozialdemokrat*innen ist klar, dass sexuelle Selbstbestimmung aller Menschen ein Grundrecht ist.
13 Sexuelle Selbstbestimmung kann nur dann gelebt werden, wenn alle Menschen freien Zugang zu Informatio-
14 nen über medizinische Behandlungen haben. Der angebliche „Lebensschutz“ der CDU/CSU darf nicht dafür
15 sorgen, dass Frauen* in einer solch sensiblen Situation wie einer frühen Schwangerschaft die Informationen
16 über ihre Möglichkeiten vorenthalten werden.
- 17 Ein freier Zugang zu medizinischen Informationen ist Teil eines selbstbestimmten Lebens und für uns Sozial-
18 demokrat*innen nicht verhandelbares Grundrecht.
- 19
- 20 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, den Gesetzesentwurf auf Abschaffung des § 219a StGB einzu-
21 bringen und für sexuelle Selbstbestimmungsrechte einzustehen!
- 22
- 23 Langfristig muss in der SPD und ihren Arbeitsgemeinschaften eine Debatte über die Abschaffung der Strafbar-
24 keit des Schwangerschaftsabbruches geführt werden. Die Fristenlösung, die faktisch keine Rechtssicherheit für
25 Ärzt*innen und Patient*innen bedeutet, ist nicht akzeptabel. Wir müssen die Debatte über den § 218 StGB in
26 der Gesellschaft führen und verstehen die SPD hier als progressive Kraft, die eine Veränderung der bestehen-
27 den Verhältnisse vorantreiben muss. Repressive Gesetze, die Frauen* und Ärzt*innen unterdrücken, lehnen
28 wir ab!